

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brüdenstraße 34, bei den Depos und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Thorner

Insertionsgebühr

die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf. Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brüdenstraße 34, Heinrich Reß, Koppernitsstraße

Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Fubrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpfe. Graudenz: Der „Gefellige“. Lautenburg: R. Jung. Gollub: Stadtkammerer Auten.

Expedition: Brüdenstr. 34, part. Redaktion: Brüdenstr. 34, I. Et. Fernsprech-Anschluss Nr. 46. Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidenbank, G. L. Daube u. Co. u. sämtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a./M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg etc.

Der Fall Hammerstein.

Wie man in Regierungskreisen über den Fall Hammerstein denkt, braucht eigentlich nicht erst gesagt zu werden. Anständige Leute können in ihrem Urteil über diesen Herrn und die schweren Unterlassungsfehler seiner Parteifreunde überhaupt nicht auseinandergehen. Es giebt aber auch persönliche Momente, die das Urteil einiger Mitglieder der Regierung über den Fall Hammerstein noch besonders bestimmen. Hierüber wird die Frankfurter Prozeßverhandlung ebenfalls Aufschlüsse bringen, wie denn überhaupt gesagt werden kann, daß diese Verhandlung an Ueberraschungen reicher sein wird, als sogar bei weitgehenden Erwartungen bisher angenommen worden ist. In dieser Beziehung hängt freilich Alles von der Leitung der Verhandlung ab, aber die Verhältnisse sind so weit gebieter, daß zu vermuten ist, der Gerichtshof werde eingedenk sein, daß es sich um eine Reinigung in großem Maßstabe handelt, um einen Prozeß, der über die Person des „Klägers“ weit hinausgeht. Man kann im Uebrigen nicht daran zweifeln, daß die Hammerstein'sche Affäre mit ihrem Drum und Dran auch dem Kaiser zur Kenntnis gebracht worden ist. Mitglied des Kreuzzeitungs-Komitees ist ein Graf Ramß, der Bruder des bekannten Abgeordneten. Als Beamter im königl. Hausministerium hat er noch besondere Veranlassung, an höchster Stelle klaren Bericht über die Vorgänge einzuschärfen, die jetzt zu einem so sensationellen Ende geführt haben. Der Rücktritt des einstmaligen so mächtigen Mannes von der politischen und auch gesellschaftlichen Bühne läßt, wie begreiflich, die Hoffnungen jener Konservativen schwellen, die die „Kreuzzeitung“ so geleitet wissen möchten, daß eine Wiederannäherung der gemäßigten Parteielemente an die durch Herrn v. Hammerstein wesentlich mit umgestaltete jetzige konservative Partei möglich werden könnte. Man kann ja abwarten, was in dieser Hinsicht geschieht, aber wahrscheinlich will es den nüchternen Beobachtern nicht dünken, daß jetzt wieder der Weizen der Goldborst'schen Richtung blühen könnte. Die Partei würde auch ohne Hammerstein die Bahn der Tivoli-Demagogie betreten haben und sie könnte nur noch zurück, wenn sie an sich selber eine Reform an Haupt und Gliedern vornehmen wollte. Hierzu aber sehen wir nirgends auch nur den geringsten Anlauf. Zur Auseinandersetzung des Hammerstein'schen Einflusses und der sonstigen Politik seiner Partei genügt es, auf die Taktik der Konservativen in den Parlamenten hinzuweisen. Es war doch nicht die „Kreuzzeitung“, die jene Neben hielt, mit denen die Kanitz und Mantuffel und nun gar erst Herr v. Blöz im Reichstage und in den beiden Häusern des Landtages die konservative Partei dermaßen heruntergewirtschaftet haben, daß jedes Gefühl politischer Verantwortung in jenem Lager erloschen zu sein schien. Am Antrage Kanitz ist Herr v. Hammerstein ganz unschuldig; ja, er hat ihn in seinem Blatte sogar nur lau unterstützt, was immerhin für seine praktische Einsicht spricht, und er hat immer erklärt, daß ein anderer, wenn auch ähnlicher Weg der Abhilfe für die landwirtschaftliche Not vorzuziehen wäre. Die Forderung, daß die Pflicht der Rückzahlung empfangener Grundbesitzbesitzungen für null und nichtig erklärt werde, ist ebenfalls nicht Hammerstein'sches Gewächs. Zu der betreffenden Zeit war er schon ein toter Mann. Nach alledem wird sich in der publizistischen Vertretung der Konservativen vielleicht diese oder jene Kleinigkeit ändern, sonst aber nichts. Keiner der Männer, die als mögliche Nachfolger des Herrn v. Hammerstein bisher genannt worden sind, vertritt hinsichtlich der politischen Grundanschauungen wie der Taktik einen anderen Standpunkt als der entlassene Herr, weder Herr von Nathusius-Rudom noch namentlich Herr v. Derken, einer der verbissensten mecklenburgischen Agrarier, aus dessen Feder die wütendsten Artikel der „Kreuzztg.“ gegen die Handelsvertragspolitik herrührten. Der Abg.

Kropatschek, der jetzt wieder in der Redaktion sitzt, mag zu Herrn v. Hammerstein den denkbar größten gesellschaftlichen Gegensatz bilden, aber in der Politik steht er mit ihm auf gleichem Boden.

Deutsches Reich.

Berlin, 13. Juli.

Der Kaiser lehrte am Donnerstag Abend vom Schloß des Grafen Wedel in Stora-Sundley nach Stockholm zurück. Am Freitag ging die „Hohenzollern“ nach Tullgarn in See.

Minister v. Hammerstein hat zwar neulich im Herrenhause geäußert, der Versuch, mit den auswärtigen Staaten eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß überall die Zuckereportprämien beseitigt oder gleichmäßig ermäßigt würden, sei anscheinend „nicht aussichtslos“. Aber das, was über die kommissarischen Verhandlungen mit Oesterreich verlautet, ist wenig dazu angethan, dieses Urteil zu bestätigen. Namentlich, falls es richtig ist, daß die deutschen Kommissare eine allmähliche Herabsetzung der Ausfuhrprämien von der gleichen Maßregel seitens Frankreichs abhängig gemacht hätten. Rußland kommt nicht in Betracht, weil dort Ausfuhrprämien nicht gezahlt werden; es könnte sich also nur darum handeln, eine etwaige Einführung der Prämien in Rußland zu verhindern. Vollends aussichtslos aber erscheinen die Verhandlungen, wenn, wie verlautet, die deutschen Kommissare den Grundsatz vertreten, ein internationales Zuckerabkommen müsse auch eine Festsetzung der auszuführenden Rohzuckerpreise für sämtliche Vertragsstaaten in sich schließen. Darauf werden sich die mit Deutschland konkurrierenden Zuckerindustrien unter keinen Umständen einlassen, weil sie durch eine derartige Kontingentierung des Exports die beherrschende Stellung Deutschlands auf alle Zeit anerkennen müßten.

Die bayerische Heeresverwaltung soll der „Frankf. Ztg.“ zufolge verschiedene Veränderungen beabsichtigen. Es soll auch in Bayern eine Garde eingeführt werden; die Vorbereitungen für eine derartige Einrichtung seien von langer Hand getroffen. Auch die Errichtung eines Meldereiterdetachements soll im nächsten Etat für das 2. bayerische Armeekorps beantragt und auf diese Maßnahme schon bei der Rekruteneinstellung für die Kavallerie-Regimenter dieses Korps Rücksicht genommen werden. Das Detachement soll angeblich nach Fürth verlegt werden.

Ueber die Marschleistungen der verschiedenen europäischen Heere giebt folgende Zusammenstellung einen Anhalt. In Rußland ist für marschirende Fußtruppen 112 bis 116 Schritte vorgeschrieben, in Deutschland 114, in Oesterreich 115, in Frankreich und Italien 120. Die beiden letzten Länder haben aber für eine besondere Truppengattung, die vorzugsweise zum Aufklärungsdienst im Gelände bestimmt ist, eine viel größere Schrittzahl. Die französischen Jäger zu Fuß haben einen Marschtempo von 128, die italienischen Bersaglieri müssen sogar 140 Schritte in der Minute machen, also einen kleinen Trab einschlagen. Inwiefern die Zahl der Schritte bedingt nur dann eine schnelle Fortbewegung, wenn die Schritte auch eine entsprechende Länge haben. Der russische Infanterist soll auf dem Marsche Schritte von 71 Zentimeter Länge machen, der deutsche solche von 80; in Oesterreich, Italien und Frankreich ist die Schrittweite 75, für die Bersaglieri 86 Zentimeter. Aus diesen Ziffern läßt sich die theoretische Marschleistung der marschirenden Truppen in den betreffenden Armeen leicht berechnen. Eine russische marschirende Infanteriekolonne macht in der Minute 79,5 bis 82,5 Meter, in der Stunde also 4,7 bis etwa 5 Kilometer, die österreichische 85,5 Meter in der Minute oder etwas über 5 Kilometer in der Stunde, die französische und italienische 90 Meter beziehungsweise 5,4 Kilo-

meter, die deutsche 91,12 Meter. Die deutsche Infanterie legt also mit ihrem Marschtempo die größten Strecken zurück, nur italienische Bersaglieri marschiren, theoretisch wenigstens, schneller.

Zur Währungsfrage läßt sich die „Frankf. Ztg.“ aus Süddeutschland melden, daß die Regierungen größerer Einzelstaaten, die sich amlich mit der Absicht des Reichstanzlers eines internationalen Meinungsaustrausches über die Hebung des Silberpreises einverstanden erklärten, unter der Bedingung gleichwohl Gelegenheit genommen haben, den Reichstanzler nicht in Zweifel darüber zu lassen, daß ihre Zustimmung nur ein durch die Umstände hervorgerufener Höflichkeitakt sei. Sie seien überzeugt, daß der Versuch resultatlos verlaufen müsse. Sie deuteten die Unmöglichkeit an, den Silberpreis zu erhöhen, ohne die deutsche Geldwährung in große Gefahren zu bringen, und ließen, wenn auch in verbindlicher Form, doch in merkbarer Weise durchblicken, daß sie die Goldwährung solchen Gefahren nicht preisgegeben sehen wollten.

Die Zeichnung auf die sechseprozentige chinesische Staatsanleihe wurde sofort nach der Eröffnung wieder geschlossen, da eine bedeutende Ueberzeichnung stattgefunden hat. Auch das Ausland war an der Subskription beträchtlich beteiligt. Die Zeichnungen bis zu einem gewissen noch nicht festgestellten Betrage bleiben unberücksichtigt; auf die übrigen Zeichnungen wird im allgemein 1/2 bis 1 Prozent zugeteilt werden.

In der „Deutschen Wacht“ des Abgeordneten Zimmermann lesen wir:

Die „Kreuzzeitung“ zeichnet seit Freitag, den 5. Juli, Dr. phil. Heffter i. B. Ob das mit dem angebliehen Rücktritt von Hammerstein zusammenhängt, wird sich ja zeigen. Von Dr. Heffter wird mehrfach und von sonst gut unterrichteter Seite behauptet, daß er getaustert Judenabblümmung sei. Es wäre wünschenswert, daß sich die „Kreuzztg.“, da sie einmal antisemitischer Färbung ist, dazu äußerte.

Der sines Amtes entsetzte Pastor Müller in Rostock hat sich an einen tüchtigen Anwalt in Rostock gewendet, welcher das Urteil des Oberkirchenrats für völlig ungesetzlich erklärte, jedoch nicht zur Anfechtung des Urteils riet, weil man in Mecklenburg, wie es dort zugehe, keinen Erfolg voraussehen könne. So hat sich Pastor Müller entschlossen, den Gnadenweg zu beschreiten. 1150 Unterschriften aus seiner Gemeinde bezeugten dem Geistlichen, daß er die ungeschmälerte Liebe und Achtung der Gemeinde besitze, aber Pastor Müller erfuhr vom Großherzog eine runde und kurze Abweisung. Man sagt, der Großherzog hätte erklärt, daß sei er seinem treuen alten Freunde im Grabe, Kliefoth (dem im vorigen Jahre verstorbenen „mecklenburgischen Papst“), schuldig, auf dessen Veranlassung noch das Verfahren gegen Pastor Müller eingeleitet worden sei.

Eine Reihe der schwersten Anklagen hat der Irrenanstaltsdirektor Dr. Scholz in Bremen gegen das Pflegepersonal der Bodelschwingh'schen Irrenanstalt in Bremen erhoben. Die Bielefelder Anstalt weist diese Anschuldigungen zurück und erhebt gegen Dr. Scholz Anklagen, die dessen Assistenzärzte mit Entrüstung zurückweisen, während auf der anderen Seite eine Anzahl von Ärzten warm für das Bielefelder Pflegepersonal eintreten. Die Angelegenheit wird zum gerichtlichen Austrag kommen.

Wegen Majestätsbeleidigung war vor dem Landgericht in Stade ein Sozialdemokrat angeklagt worden, weil er in einer Versammlung eines sozialdemokratischen Vereins die Depesche des Kaisers über den ablehnenden Beschluß des Reichstags hinsichtlich der Bismarck-Ovation kritisiert hatte. Der Staatsanwalt hatte 4 Monate Gefängnis beantragt; das Gericht sprach den Angeklagten frei.

Anslaud.

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Abgeordnetenhaus erledihte am Freitag das Kapitel Kultus und

Unterricht und lehnte den Antrag der Ausschußminorität betreffend die Oeffentlichkeit der böhmischen Komensky'schule in Wien mit 143 gegen 51 Stimmen ab. Der Abstimmung gingen erregte Szenen voran; die Abgeordneten Dr. Geymann und Adametz wurden zur Ordnung gerufen.

Gegen den Beschluß betreffend Errichtung eines slovenischen Gymnasiums in Gilly wird am Sonnabend in Graz eine große Professurkundgebung der deutschen Wähler stattfinden. Von den deutschen Abgeordneten wird Obstruktion und Verweigerung des Budgets verlangt. Die übrigen deutschen Städte und Gemeinden werden dem Beispiele von Graz folgen. Der Bürgermeister von Eggenberg, dem Wahlbezirk des klerikalen Abgeordneten Kaltenegger, der für die Slovenen gegen seine deutschen kirchlichen Stammesgenossen eintrat, beruft für Sonntag die Wähler zu einer Versammlung ein, um gegen Kaltenegger Stellung zu nehmen, der durch den politischen Verrat unwürdig geworden sei, den Bezirk zu vertreten. In allen Teilen Deutsch-Steiermarks herrscht hochgradige Erregung über die Abstimmung wegen Gilly. Aus Kalteneggers Wahlbezirk erhielt der Abg. Morre, der Verfasser des „Nuller!“, Zustimmungstelegramme und anonyme Geldsendungen für nationale Zwecke. Der Unwille ergreift immer weitere Kreise, und kleinliche Parteiuuterdiehung verschwinden unter dem Eindruck der Schmach, die den Deutschen zugefügt wurde.

Das „Fremdenblatt“ bezeichnet die Meldung von einer bevorstehenden Reise des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers des Innern Graf Kielmansegg an das kaiserliche Hoflager zu Ischl behufs Einholung der kaiserlichen Ermächtigung für die Aufhebung des Prager Ausnahmezustandes für unbegründet.

Italien.

In der Kammer ging es am Donnerstag wieder recht lebhaft zu. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Antrages des Deputierten Vischi, den 20. September, den Tag, an welchem 1870 die italienischen Truppen nach Abzug der französischen Besatzung in Rom eingerückt waren, als einen bürgerlichen Feiertag zu begeben. Hierüber entspann sich eine längere Debatte. Verschiedene Redner sprachen für, andere gegen den Antrag. Ministerpräsident Crispi erklärte, er habe nicht erwartet, daß sich über die in Rede stehende Frage Meinungsverschiedenheiten herausstellen würden. Vor Rom, das der Gedanke und das Sehnen aller Italiener sei, müsse jede Meinungsverschiedenheit verschwinden. Es handle sich um eine derjenigen Fragen, welche, wenn sie einmal aufgeworfen, gelöst werden müssen. (Beifall.) Diejenigen befänden sich im Irrtum, die glaubten, daß die Klerikalen der Regierung günstig gesinnt seien, sie hätten sich bei den letzten Wahlen als Gegner der Regierung gezeigt. (Zwischenrufe.) Er ersuche die Kammer, den Antrag entweder zu verlagen (Rufe: Nein, nein!) oder ihn mit sehr großer Mehrheit zu genehmigen, weil die Ablehnung desselben schwere Folgen haben würde. (Lebhafte Beifall und erregte Zwischenrufe.) Die Sitzung wurde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme derselben erklärte Imbriani, er würde sich der Abstimmung enthalten; Mussi erklärte im Namen der Radikalen, für den Antrag stimmen zu wollen. (Beifall.) Es wird hierauf zur namentlichen Abstimmung der von Denicolo eingebrachten Tagesordnung geschritten, welche befagt, es wäre geeigneter und patriotischer, der Initiative des Volkes die Feier des 20. September zu überlassen. Die von Denicolo beantragte Tagesordnung wird mit 249 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag Vischi in geheimer Abstimmung mit 204 gegen 62 Stimmen angenommen.

Frankreich.

Behufs Stellungnahme gegen das neue Spionagegesetz, das im Senat nicht zur Erledigung gekommen ist, ist der Pariser Freisprecherverein zu einer außerordentlichen Hauptver-









